

## Beschluss Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

### Antragstext

#### 1 **Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar,** 2 **nachhaltig und vielfältig**

3 Wohnen darf kein Luxus sein, weder in der Stadt noch auf dem Land. Während in  
4 Ballungsräumen die Mieten explodieren, verfallen anderswo sanierungsbedürftige  
5 Immobilien. In Innenstädten wird Wohnraum immer knapper und gleichzeitig stehen  
6 Büroflächen leer. Es entstehen weiterhin Luxuswohnungen für wenige, während  
7 bezahlbarer Wohnraum für die Mehrheit fehlt. Ein Wohnungsmarkt, der systematisch  
8 am Bedarf der Menschen vorbeiplant, ist ein Markt, der versagt. Und es wird zu  
9 wenig gebaut. Bauen ist zu teuer geworden. Das Ergebnis: Es fehlen dringend  
10 benötigte Wohnungen und die wenigen verfügbaren Wohnungen in Stadtnähe sind kaum  
11 bezahlbar.

12 Wir GRÜNE NRW stehen für eine Wohnungs- und Baupolitik, die langfristig soziale  
13 Sicherheit bietet, den Zusammenhalt stärkt und dabei unsere natürlichen  
14 Ressourcen schont. Passgenaue Lösungen sollen den vielfältigen Wohnbedürfnissen  
15 gerecht werden, vom Singlehaushalt über Alleinerziehende und junge Familien bis  
16 hin zu älteren Menschen. Gleichwertig werden Wohnbedürfnisse für das  
17 Selbstständige Wohnen für Menschen mit Behinderung und Wohnungen für Programme  
18 zur Wohnungslosenhilfe berücksichtigt.

19 Wir überlassen den Wohnungsmarkt nicht länger Spekulant\*innen, sondern sorgen  
20 dafür, dass Wohnraum dort entsteht und erhalten bleibt, wo und wie die Menschen  
21 ihn brauchen – bezahlbar, nachhaltig und vielfältig.

22 Wir ergänzen die klugen und lokal zugeschnittenen Ansätze unserer Kommunen um  
23 Maßnahmen in Land und Bund. Einen wichtigen Hebel sehen wir in der Baupolitik.

#### 24 **Bezahlbares Wohnen & Bauen**

25 Bezahlbares Wohnen ist längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden. In  
26 vielen Großstädten verschlingt die Miete einen immer größeren Teil des  
27 Einkommens. Viele Menschen haben nach der Miete kaum noch Geld übrig für  
28 Lebensmittel, Kleidung, Bildung und Freizeitaktivitäten. Das hat gravierende  
29 Folgen für das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen, den sozialen Zusammenhalt und  
30 individuelle Lebensplanung. Während immer weniger Menschen eine bezahlbare  
31 Wohnung finden, wird Wohnraum oft zum Spielball renditegetriebener Interessen.  
32 Wir GRÜNE NRW stellen uns dem entschieden entgegen: Wohnen ist kein  
33 Spekulationsobjekt, sondern die Grundlage für Teilhabe, Sicherheit und ein gutes  
34 Leben. Unser Ziel ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die Menschen  
35 entlastet und die Kommunen in ihrem Handeln und das Vertrauen in einen  
36 funktionierenden Staat stärkt.

37 Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Vorkaufsrecht ein, damit Kommunen die  
38 Möglichkeit bekommen auf ihrem Gemeindegebiet das Vorkaufsrecht aktiv und zum  
39 Verkehrswert auszuüben.

40 Kommunale Wohnungsbaunternehmen sind für uns die zentralen Akteure unserer  
41 Wohnungspolitik. Sie garantieren nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht,  
42 sondern dieser Wohnraum auch günstig bleibt. Wo wir es nur können, wollen und  
43 werden wir sie stärken, damit sie ihre Aufgabe erfüllen und ausbauen können.

44 Unser Plan für bezahlbares Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 45 • kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und  
46 gemeinwohlorientierte Eigentumsformen stärken - Förder- und  
47 Beratungsstrukturen hierfür ausbauen
- 48 • mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, Alleinerziehende, Studierende  
49 und junge Berufstätige schaffen
- 50 • aktive kommunale Bodenpolitik mit kommunalen Vorkaufsrechten auch bei  
51 Share Deals und Erbpachtmodellen
- 52 • Übernachtungsplattformen wie AirBnB in angespannten Wohnungsmärkten  
53 begrenzen
- 54 • Schrottimmobiliën-Missbrauchsbekämpfungsgesetz durchsetzen: gegen  
55 missbräuchliche Ersteigerungen von Schrottimmobiliën und deren Vermietung  
56 angehen. Wir nehmen insbesondere die rassistisch motivierte Ausbeutung  
57 migrantischer Haushalte durch Vermietende in den Blick, die  
58 Schrottimmobiliën systematisch an marginalisierte Gruppen vergeben – oft  
59 ohne rechtssichere Verträge, mit gesundheitsgefährdenden Wohnbedingungen  
60 und massiven Abhängigkeitsverhältnissen. Die Bekämpfung solcher Praktiken  
61 muss durch mehrsprachige Aufklärungsangebote, interkulturell geschulte  
62 Kontrollbehörden und effektive Sanktionen flankiert werden.
- 63 • Problem- und Schrottimmobiliën mithilfe von Förderprogrammen wieder dem  
64 Markt zuführen
- 65 • Vorrang für Verdichtung und Aufstockung von Gebäuden statt Bauen in  
66 ökologisch wertvollen Gebieten

67 Mieter\*innen vor Preissteigerungen schützen

68 Für NRW hat die schwarz-grüne Landesregierung zum 1. März 2025 die  
69 Mieterschutzverordnung NRW erweitert und verlängert. In nun 57 Kommunen sind  
70 Mieter\*innen vor unverhältnismäßigen Preissteigerungen bei Neuvermietungen und  
71 im Bestand geschützt. Außerdem ist die Kündigungssperre bei der Anmeldung von  
72 Eigenbedarf von 5 auf 8 Jahre erhöht worden. Das sorgt dafür, dass Wohnen  
73 bezahlbar bleibt und gibt Mieter\*innen Sicherheit. Das ist ein überfälliger  
74 Schritt, aber er allein reicht noch nicht aus: Mieter\*innen brauchen endlich  
75 echten Schutz vor Preisdruck und Verdrängung. Wir setzen uns außerdem auf  
76 Bundesebene dafür ein, dass die Mietpreisbremse über 2025 hinaus gilt, denn nur  
77 dann kann auch die Mieterschutzverordnung weitergeführt werden.

78 Wohnraumstärkungsgesetz verbessern

79 Das aktuelle Wohnraumstärkungsgesetz sorgt schon jetzt dafür, dass Gemeinden  
80 über die kommunalen Wohnungsämter eingreifen können, wenn Wohnimmobilien  
81 vernachlässigt oder zweckentfremdet werden. Das Gesetz kann aber noch optimiert  
82 werden, u.a. indem die Frist für Kurzzeitvermietungen weiter reduziert wird und  
83 Übernachtungsplattformen weiter begrenzt werden.

84 Mehr Wohnungen für NRW

85 NRW lässt die Kommunen nicht allein mit der Aufgabe, in sozialen Wohnungsbau und  
86 Bestandsumbau zu investieren. Bestandsimmobilien auszubauen und zu modernisieren  
87 ist in vielen Fällen deutlich günstiger als neu zu bauen. Die schwarz-grüne  
88 Landesregierung hat die Mittel für das Wohnraumförderprogramm in den letzten  
89 Jahren weiter aufgestockt: Bis 2027 stellt sie 10,5 Milliarden Euro u.a. für den  
90 Erwerb oder Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen bereit. Damit steigt der Anreiz  
91 für Investor\*innen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Über die Wohnraumförderung  
92 wird auch die Modernisierung und energetische Sanierung von Bestandsimmobilien  
93 gefördert. So investiert die schwarz-grüne Landesregierung aktiv in den  
94 Klimaschutz im Wohnungsmarkt.

95 Umbauen erleichtern

96 Durch die Änderung der Landesbauordnung NRW wurden für den Umbau von  
97 Wohnimmobilien bereits mehr Spielräume geschaffen, beispielsweise Dachausbauten  
98 vereinfacht. Das Ziel muss sein, noch mehr Nachverdichtung im Bestand zu  
99 erreichen. Mit der Nachverdichtung schaffen wir einfacher und günstiger  
100 zusätzlichen Wohnraum. Dabei wird keine Fläche neu versiegelt und die vorhandene  
101 Infrastruktur kann mitgenutzt werden. Wir sprechen uns daher für eine  
102 "Oldtimerregelung" aus, die es ermöglicht, Bestandsgebäude auszubauen, ohne alle  
103 neuen Standards erfüllen zu müssen.

104 Wir wollen auch den Denkmalschutz in unsere Überlegungen einschließen, damit er  
105 sinnvolle Vorhaben, wie z.B. Dachausbauten, nicht grundsätzlich verhindert.

106 Bauherr\*innen entlasten und Auflagen reduzieren

107 Viele Baustandards sind mit enormen Anforderungen an Bauherr\*innen, langen  
108 Bauzeiten und hohen Baukosten verbunden. Sie wären laut Expert\*innen aber  
109 ökologisch, ökonomisch und bautechnisch teilweise verzichtbar. Zum Beispiel sind  
110 Stahlbetondecken im Neubau 18 Zentimeter stark. Die Stärke der Decke kann aber  
111 um vier Zentimeter reduziert werden, ohne den erforderlichen Mindestschallschutz  
112 zu verletzen. Der Materialeinsatz und die Kosten würden zudem deutlich sinken.

113 Hier müssen wir pragmatischer und effizienter werden. Die letzte Bundesregierung  
114 ist mit dem Vorschlag für den neuen Gebäudetyp E einen ersten Schritt gegangen.  
115 Mit dieser Bauweise können Projektierer\*innen schneller und günstiger bauen,  
116 indem sie auf unnötige Standards und Vorgaben rechtssicher verzichten können,  
117 ohne dass Sicherheits- oder Qualitätsstandards beeinträchtigt werden. Das  
118 einfache Bauen mit Gebäudetyp E könnte auch in NRW einen Beitrag für mehr  
119 bezahlbare Wohnungen leisten. Um schnell und kostengünstig bezahlbaren Wohnraum

120 zu schaffen, unterstützen wir serielles und modulares Bauen. Durch die  
121 Vorfertigung von Bauteilen wird Zeit, Geld und Arbeitskraft eingespart, ohne auf  
122 ökologische Standards zu verzichten.

### 123 Entbürokratisierung und Digitalisierung bei Bauverfahren

124 Dort wo möglich, setzen wir uns für Vereinfachungen und Entbürokratisierung in  
125 der Bauordnung ein, um Verfahren zu beschleunigen und Bürger\*innen sowie  
126 Personal in der Bauverwaltung zu entlasten. Mit einer vollständigen und  
127 flächendeckenden Digitalisierung der Bauleitplanverfahren können zudem  
128 Planungszeiten und somit Kosten reduziert werden. Das Bauportal NRW muss  
129 weiterentwickelt werden, um allen Kommunen auf diesem Weg die digitale  
130 Baugenehmigung zu ermöglichen. Ziel ist die Chancen der Digitalisierung zu  
131 nutzen, sodass Verwaltung und Bauherr\*innen effizienter und kostengünstiger  
132 bauen können. Jeden Cent, den Bauherr\*innen beim Planen und Bauen sparen, müssen  
133 sie nicht auf Miet- oder Kaufpreise umlegen.

### 134 Soziales Wohnen & Bauen

135 Wohnen ist vielfältig und das muss sich in unserer Politik widerspiegeln. Wir  
136 wollen generationengerechte Quartiere, in denen junge Familien, genau wie  
137 Alleinerziehende oder ältere Menschen, passende Wohnformen finden. Durch  
138 veränderte Sozialstrukturen in unserer Gesellschaft werden zunehmend kleinere  
139 Wohnungen benötigt, denn in über 40% aller Haushalte wohnt nur noch eine Person.  
140 Gleichzeitig sind für größere Familien kaum bezahlbare Wohnungen in  
141 ausreichender Größe zu finden. Barrierefreiheit, gemeinschaftliches Wohnen und  
142 soziale Infrastruktur sind entscheidend, um lebendige Nachbarschaften zu  
143 erhalten – in Stadt und Land gleichermaßen. Die Preisbindung vieler sozialer  
144 Wohnungen läuft in den kommenden Jahren aus. Als Folge wird sich die Situation  
145 am Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Wir machen deshalb jetzt Vorschläge, um  
146 dieser Problemlage zuvorzukommen.

147 Unser Plan für soziales Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 148 • Sozialwohnungen erhalten und ausbauen
- 149 • Kommunen sollen eigene Wohnungen über kommunale Wohnungsvereinigungen  
150 bewirtschaften
- 151 • barrierefreies und barrierearmes Wohnen fördern
- 152 • mit Housing First Projekten Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden
- 153 • spezielle betreute Wohnangebote (z. B. für Pflegebedürftige oder kognitiv  
154 oder körperlich Beeinträchtigte) erweitern
- 155 • Ankauf von Belegungsrechten weiter ausbauen

156 Zudem wollen wir prüfen, wie eine Umwandlungsverordnung, die die Umwandlung von  
157 Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt stellt, den  
158 Bestand der Mietwohnungen in besonders angespannten Wohnungsmärkten wahren kann.

159 Ein Zuhause in NRW für alle

160 Wohnen ist ein Grundrecht. Damit sich das auch rechtlich widerspiegelt, planen  
161 wir in NRW das Recht auf Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen. Langfristig  
162 wollen wir auch das Ziel der sozialen Bodennutzung in der Landesverfassung  
163 verankern.

164 Wir bekräftigen die Forderungen aus unserem Parteitagebeschluss "Wohnraum für  
165 alle" vom Juni 2024: Wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden.  
166 Wohnungspolitische und strukturelle Maßnahmen ergänzen wir um Prävention,  
167 passende Hilfesysteme und gesundheitspolitische Maßnahmen, insbesondere die  
168 Umsetzung von Housing First Konzepten. Wir begrüßen daher, dass die  
169 Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!" zuletzt von der schwarz-grünen  
170 Landesregierung bis 2027 verlängert wurde. Sie stellt den Kommunen über 15  
171 Millionen Euro zur Verfügung, um Projekte für obdachlose, wohnungslose und von  
172 Wohnungsverlust bedrohte Menschen zu unterstützen.

173 Förderprogramme bewahren und ausbauen, entrümpeln und  
174 effizienter gestalten

175 In der letzten Legislatur hat die Ampel-Regierung zahlreiche Förderprogramme auf  
176 den Weg gebracht, zum Beispiel das Programm "Jung kauft Alt", das junge Familien  
177 beim Erwerb eines sanierungsbedürftigen Bestandsgebäude fördert. In der  
178 Wohnraumförderung des Landes NRW gibt es ebenso einen Baustein "Jung kauft Alt".  
179 Dieser muss weiter ausgebaut werden.

180 Auch bei der Neuen Wohngemeinnützigkeit werden wir uns dafür einsetzen, dass das  
181 Rad nicht wieder zurückgedreht wird. Am Gemeinwohl orientierte Investor\*innen  
182 sollen mit dem Programm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ weiterhin einen  
183 Investitionszuschuss bis zu 20 Prozent für jede neue dauerhaft günstige Wohnung  
184 sowie für Modernisierungen und Ankäufe erhalten.

185 Das Bundesprogramm "Junges Wohnen" fördert aktuell Neu-, Aus-, und Umbau von  
186 Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende mit 500 Millionen Euro (aus  
187 den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus) und schafft bezahlbare Unterkünfte.

188 Wir fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie diese Programme fortsetzen  
189 und ausbauen.

190 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt aktiv bekämpfen

191 Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere dort, wo der Wohnraum knapper  
192 wird, treffen marginalisierte Gruppen in besonderem Maße. Menschen mit  
193 Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Wohnungs- oder Obdachlose oder auch  
194 Menschen mit Behinderung sind überproportional von dieser Alltagsdiskriminierung  
195 betroffen. Insbesondere die rassistische Diskriminierung ist laut Studien ein  
196 verbreitetes Problem, bleibt aber häufig im Dunklen. Wir setzen uns daher  
197 entschieden gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ein.

## 198 Nachhaltiges Wohnen & Bauen

199 Der Klimaschutz beim Bauen hinkt stark hinterher, so ist der Gebäudesektor für  
200 35% des Endenergieverbrauchs und 30% des CO<sub>2</sub> Ausstoßes verantwortlich. In jedem  
201 Haus steckt eine immense Menge an grauer Energie, also der Energieaufwand, der  
202 über den gesamten Lebenszyklus der eingesetzten Materialien verbraucht wird.

203 Unsere Klimaziele erreichen wir nur mit ambitionierten Maßnahmen. Das  
204 Gebäudeenergiegesetz (GEG) des Bundes ist dabei ein wichtiger Erfolg und darf  
205 von der neuen Bundesregierung nicht rückabgewickelt werden. Das würde nicht nur  
206 zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung führen, sondern es würde auch einen  
207 entscheidenden Hebel für das klimaneutrale Bauen und Wohnen außer Gefecht  
208 setzen. Ein weiterer wichtiger Hebel für mehr Nachhaltigkeit ist energetisches  
209 Sanieren. Dafür fordern wir eine schnellere Modernisierungsoffensive bei  
210 Bestandsimmobilien. Der Ansatz des seriellen Sanierens bietet eine große Chance,  
211 schneller und effizienter voranzukommen. Denn nur mit flächendeckender  
212 energetischer Sanierung unserer bestehenden Wohngebäude können wir endlich  
213 unsere Klimaschutzziele erreichen.

214 Wir möchten das Potenzial von ungenutzten Bürogebäuden und leerstehenden  
215 Immobilien, die für andere Nutzungen vorgesehen waren, heben. Deren Umnutzung  
216 kann günstiger sein als neu zu bauen und ist in den meisten Fällen nachhaltiger.  
217 So schaffen wir eine Umbaukultur, die Ressourcen und Flächen spart. Uns ist  
218 klar, dass wir auch neue Flächen in Anspruch nehmen müssen, wollen diese aber  
219 auf das Mindeste begrenzen und setzen zuvorderst auf Flächenrecycling und  
220 Innenverdichtung. Bei neuen Flächen wollen wir so effizient und flächenschonend  
221 wie möglich bauen. Die Umnutzung dieser Flächen zu Wohnraum wollen wir  
222 voranbringen und einfacher machen. Klar ist aber auch: Unversiegelte Fläche darf  
223 kein Spekulationsobjekt werden.

224 Unser Plan für nachhaltiges Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 225 • Nachverdichtung nach sozialen und ökologischen Standards, beispielsweise  
226 durch Bereitstellung von Baulücken und Brachflächen im allgemeinen  
227 Siedlungsbereich, aber auch durch Aufstockung von Gebäuden
- 228 • unbürokratische Umnutzung leerstehender Büro- und Gewerbeflächen
- 229 • Ausbau von Bestandsbauten
- 230 • kommunale Wärmewende und- planung für klimaschonende Wärmeversorgung
- 231 • energetisches und serielles Sanieren

232 Pragmatische Ideen und Innovationen weiterentwickeln

233 Für klimaneutrales Bauen in der Zukunft spielen Innovation und neue Technologien  
234 eine entscheidende Rolle. Wir befürworten die Entwicklung und den Einsatz von  
235 Materialien oder Konstruktionsmethoden, wie beispielsweise der konstruktiven  
236 Effizienz, die den klimaschädlichen Ausstoß minimieren. Nachhaltige Rohstoffe  
237 wie zum Beispiel Rezyklate sollten vermehrt zum Einsatz kommen. Im  
238 Förderprogramm "Innovation im Bau" des Landes NRW, das die schwarz-grüne

239 Landesregierung mit 4,5 Millionen Euro hinterlegt hat, wird die Entwicklung und  
240 der Einsatz von nachhaltigen Baustoffen unterstützt.

241 Die schwarz-grüne Regierung zeigt, dass Pragmatismus an der richtigen Stelle  
242 hilft: Mit der Änderung der Landesbauordnung NRW wurden Abweichungen von der  
243 Bauordnung für neue Bau- und Wohnkonzepte ermöglicht.

244 Klimaschutz im Bau und niedrigere Baukosten

245 Hohe Effizienzstandards für den Neubau von Wohnungen gewährleisten, dass wir  
246 unsere Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen können. Gleichzeitig  
247 verursachen sie auch teilweise höhere Baukosten. Die Folge: Es wird weniger  
248 gebaut. Wir wollen daher pragmatisch prüfen, wie wir den Anspruch an eine hohe  
249 Energieeffizienz mit niedrigeren Baukosten für den klimagerechten Wohnungsbau  
250 vereinen können. Wir wollen energiesparende Effizienzvorgaben mit einem erhöhten  
251 Einsatz von ökologisch nachhaltigen bzw. recycelten Materialien kombinieren, um  
252 einen geringeren CO2 Ausstoß effektiver zu gewährleisten. Nachhaltigkeit im  
253 Gebäudesektor bedeutet für uns einen ganzheitlichen bzw. lebenszyklischen  
254 Ansatz, der die Emissionen der eingesetzten Materialien, die Energieeffizienz  
255 sowie die Wiederverwertbarkeit nach Abbruch betrachtet. Lebenszyklusanalysen  
256 stellen dar, wie von Bau, Betrieb bis zum Abriss Ressourcen benötigt werden.  
257 Damit lässt sich der Fußabdruck eines Bauprojekts zwischen Umbau von Bestand  
258 oder Abriss und Neubau fundiert betrachten. Gebäuderessourcenpässe sollten daher  
259 zunächst im Neubau und langfristig für alle Gebäude erstellt werden. Ziel muss  
260 das kreislaufgerechte Bauen sein.

261 Baustoffe wiederverwerten

262 Unsere Häuser sind wahre Rohstofflager, die viel zu oft einfach weggeschmissen  
263 werden. Recycelte Baustoffe dürfen nicht mehr als Abfall, sondern als Wertstoffe  
264 gesehen werden. Das schont die Umwelt und senkt die Baukosten. Wir fordern, dass  
265 der Einsatz von recycelten Baumaterialien deutlich vereinfacht, finanziell  
266 gefördert und bei Vergaberichtlinien gefordert werden soll.

267 Die Bauwende braucht das Handwerk als zentrale Kraft für klimafreundliches und  
268 ressourcenschonendes Bauen. Damit der Einsatz von recycelten Baustoffen gelingt,  
269 müssen Handwerksbetriebe gezielt unterstützt werden durch praxisnahe  
270 Weiterbildung und modernes Know-how, das auch in der Ausbildung der Bauberufe  
271 verankert ist. Denn nachhaltiges Bauen wird zunehmend zum Qualitätsmerkmal und  
272 Wettbewerbsvorteil. Statt einer Wegwerfarchitektur muss bereits beim Neubau bei  
273 der Planung darauf geachtet werden, was sich später wiederverwenden lässt.  
274 Genehmigungsverfahren für alle Bauvorhaben sollen so angepasst werden, dass der  
275 Einsatz von recycelten Baustoffen erleichtert wird. Der Handel mit recycelten  
276 Materialien ist der Markt der Zukunft in der Baubranche.

277 Leben im Quartier - Wir-Gefühl stärken

278 Zuhause ist mehr als vier Wände. Es ist auch der Zusammenhalt vor Ort. Das nette  
279 Gespräch über den Gartenzaun, die gemeinsame Sportgruppe im Grünen, das neue  
280 Café um die Ecke. Überall dort, wo sich Menschen begegnen, entsteht ein Wir-  
281 Gefühl. Hier fühlen sich Menschen sicher und zuversichtlich. Wir möchten

282 Begegnungsräume schaffen und erhalten, damit Nachbarschaften Orte sind, wo  
283 Menschen in Vielfalt zusammenleben.

284 Im ländlichen Raum geht es oft darum, Leerstand sinnvoll zu nutzen und die  
285 Attraktivität von Wohnorten zu steigern. Deshalb wollen wir gezielt in Ortskerne  
286 investieren, Wohnprojekte mit sozialen Begegnungsräumen fördern und kleine  
287 Kommunen dabei unterstützen, eine lebendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. So  
288 können wir junge Familien in den Orten halten und den ländlichen Raum auch für  
289 Städter\*innen attraktiver machen.

290 Zuhause ist auch direkt vor der Tür Platz für Freizeit und Erholung zu haben.  
291 Wir möchten lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen man im Sommer  
292 die Hitze gut aushalten kann, weil die Fassaden begrünt sind, es Bäume gibt, die  
293 Schatten spenden und Wasserläufe, die abkühlen. Dort, wo es dafür Platz braucht,  
294 fördern wir die Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir investieren in unsere  
295 Zukunft und machen unsere Nachbarschaften klimaresilient. Neben Begrünung und  
296 Entsiegelung gehört dazu auch eine lokale Energieversorgung z.B. mit  
297 Solaranlagen auf Dächern und Balkonen.

298 Unser Punkteplan für Leben im Quartier und Nachbarschaftsgestaltung in den  
299 Kommunen:

- 300 • Förderung von Begegnungsräumen wie Jugendtreffpunkte, Nachbarschaftsheime,  
301 Bürgervereine
- 302 • Förderung von Nachbarschaftsprojekten und nachhaltigen und inklusiven  
303 Initiativen
- 304 • Hitze- und Lärmaktionspläne
- 305 • Förderung grüner Vorgärten sowie von Dach- und Fassadengrün
- 306 • Quartiersgestaltung mit Bürgerbeteiligung
- 307 • Dezentralisierung von Energieversorgung

308 Gemeinsam statt einsam

309 Wo immer mehr Menschen alleine leben, sind auch immer mehr Menschen einsam.  
310 Einsamkeit macht Menschen krank. Eine gute Nachbarschaft, in der Menschen  
311 Angebote haben, um zusammenzukommen, kann dem vorbeugen. Die schwarz-grüne  
312 Landesregierung hat deshalb den Aktionsplan gegen Einsamkeit verabschiedet und  
313 unterstützt lokale Projekte gegen Einsamkeit.

314 Strukturen im Bund nicht rückabwickeln

315 Wir erwarten, dass der Bund die Städtebauförderung als bewährtes Instrument für  
316 die Kommunen erhält und fordern eine Ausweitung. Das schafft Planungssicherheit  
317 für die ohnehin stark belasteten Kommunen in NRW. 50% der Mittel fließen dabei  
318 in den ländlichen Raum.

319 Des weiteren fordern wir eine Neuauflage des Innenstadtprogramms "Zukunftsfähige  
320 Innenstädte und Zentren", damit Stadtkerne ein Aufenthaltsort von Lebensqualität

321 bleiben und den Anpassungsdruck zu managen können. Dazu gehört auch die  
322 Gestaltung von öffentlichen Grünanlagen, Parks, Wasser- und Spielflächen, denn  
323 diese ist wichtig für die Klimaanpassung und macht die Zentren attraktiver.